

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Rates der Stadt Braunschweig

Sitzung: Dienstag, 13.03.2018

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 19:55 Uhr

Ratsmitglieder:

(in Klammern verhindert)

Herr Bader	Herr Kühn
Herr Bley	(Herr Lehmann)
Herr Dr. Blöcker	Herr Manlik
Herr Böttcher	Herr Merfort
Herr Bratmann	Herr Möller
Herr Bratschke	Herr Dr. Mühlnickel
Frau Buchholz	Herr Dr. Müller
Herr Dr. Dr. Büchs	Frau Mundlos
Herr Disterheft	Frau Naber
Herr Dobberphul	Frau Ohnesorge
Herr Edelmann	Frau Palm
Frau Dr. E. Flake	Frau Pantazis
Herr F. Flake	Herr Rosenbaum
Herr Graffstedt	Herr Schatta
(Frau Gries)	Herr Scherf
Herr M.Hahn	Frau Schneider
Frau S. Hahn	Herr Scholze
Herr Hinrichs	Herr Schrader
Frau vom Hofe	Frau Schütze
Frau Ihbe	Frau Seiffert
Frau Jalyschko	Herr Sommerfeld
Frau Jaschinski-Gaus	Herr Dr. Vollbrecht
Frau Johannes	Herr Weber
Herr Jordan	Herr Wendroth
Frau Kaphammel	Herr Wendt
Frau Keller	Frau Willimzig-Wilke
Herr Köster	Herr Wirtz

Verwaltung:

Oberbürgermeister Markurth
Erster Stadtrat Geiger
Stadtrat Ruppert
Stadtbaudirektor Leuer
Dezernentin Dr. Hesse
Stadträtin Dr. Hanke
Dezernent Leppa

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-------|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.02.2018 | |
| 3 | Mitteilungen | |
| 3.1 | Gebührenvergleich Abfallwirtschaft | 18-07531 |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Modellprojekt: Einsatz und Wirkung photokatalytischer Baustoffe - wissenschaftlich begleitet
Antrag der Gruppe Die Fraktion P ² | 18-06986 |
| 4.2 | Förderung und Schutz von Grünbeständen im Stadtgebiet
Antrag der Fraktionen/Gruppe SPD, Bündnis90/ Die Grünen, BIBS, Die Linke., Die Fraktion P ² | 18-07040 |
| 4.2.1 | Keine neue Baumschutzsatzung für Braunschweig!
Änderungsantrag zum Antrag 18-07040
Änderungsantrag der CDU-Fraktion | 18-07664 |
| 4.3 | Namensgebung der IGS Volkmarode
Antrag der BIBS-Fraktion | 18-07631 |
| 5 | Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Dezernentin oder des Dezernenten für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat | 18-07619 |
| 6 | Berufung eines Ortsbrandmeisters und eines Stellvertretenden Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis | 17-06028 |
| 7 | Berufung eines Stellvertretenden Stadtbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis | 18-06582 |
| 8 | Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2017
Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 117 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 18-07217 |
| 9 | Beschluss über den Jahresabschluss 2016 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG), (Einmalversand der Anlagen) | 18-07302 |
| 10 | Beschluss über den Jahresabschluss 2016 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 18-07060 |
| 11 | Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2016 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 18-07308 |

12	Haushaltsvollzug 2017 hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG	18-07180
13	Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)	17-05999
13.1	Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 17-05999 Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung) Änderungsantrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die Fraktion P ²	18-07655
14	Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 €	18-06880
15	Konzept zum Ausgleich des Substanzerlustes von 1105 Bäumen	17-05993
16	Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im "Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e. V."	18-06427
17	Zweite Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14	18-07244
18	Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Organisationen der Arbeitnehmerverbände in den Schulausschuss	18-07610
19	Verlängerung der Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtbezirk 221 Weststadt	18-07055
20	Steuerungskonzept Vergnügungsstätten - Ergänzung 2018	18-06364
21	Sanierung von Gleisanlagen in 2018	17-05811
22	Abrechnung Straßenbaumaßnahme Olfermannstraße - Aufwands-spaltung	17-05992
23	Anfragen	
23.1	Auslastung der Frauenhäuser Anfrage der Fraktion der SPD	18-07633
23.1.1	Auslastung der Frauenhäuser	18-07633-01
23.2	Bisherige und geplante Beteiligung im ISEK-Prozess Anfrage der Fraktion der CDU	18-07632
23.2.1	Bisherige und geplante Beteiligung im ISEK-Prozess	18-07632-01
23.3	Entwicklung des Radtourismus in Braunschweig Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	18-07628
23.3.1	Entwicklung des Radtourismus in Braunschweig	18-07628-01
23.4	Sicherheit bei der Braunschweiger Tafel Anfrage der AfD-Fraktion	18-07635

23.4.1	Sicherheit bei der Braunschweiger Tafel	18-07635-01
23.5	Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße Anfrage der Fraktion Die Linke.	18-07626
23.5.1	Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße	18-07626-01
23.6	Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen Anfrage der BIBS-Fraktion	18-07629
23.6.1	Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen	18-07629-01
23.7	Vorschulische Sprachförderung: Wie geht es weiter? Anfrage der FDP-Fraktion	18-07541
23.7.1	Vorschulische Sprachförderung: Wie geht es weiter?	18-07541-01
23.8	Verleihung des Städtenamens "Hansestadt" - Beschluss über Antrag auf Verleihung aus 2014 Anfrage der Gruppe Die Fraktion P ²	18-07627
23.8.1	Verleihung des Städtenamens "Hansestadt" - Beschluss über Antrag auf Verleihung aus 2014	18-07627-01
23.9	Genehmigung von Vergnügungsstätten in der Nähe von Wohngebieten Anfrage der Fraktion der SPD	18-07634
23.10	Lage der Frauenhäuser in Braunschweig Anfrage der AfD-Fraktion	18-07636
23.10.1	Lage der Frauenhäuser in Braunschweig	18-07636-01
23.11	Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad Anfrage der BIBS-Fraktion	18-07630
23.11.1	Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad	18-07630-01
23.12	Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt Anfrage der Fraktion der SPD	18-07637
23.13	Dringlichkeitsanfrage: Getötete Igel im Klostergarten Riddagshausen Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion	18-07678
23.13.1	Dringlichkeitsanfrage: Getötete Igel im Klostergarten Riddagshausen	18-07678-01

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Ratsvorsitzender Graffstedt eröffnet die Sitzung um 14:00 Uhr und begrüßt die Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellt fest, dass die Tagesordnung den Ratsmitgliedern rechtzeitig zugegangen ist, der Rat ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Er teilt mit, dass dem Rat nach Versand der Tagesordnung noch folgende Beratungsunterlagen zugegangen sind:

Zu TOP 4.2: Förderung und Schutz von Grünbeständen im Stadtgebiet: Änderungsantrag 18-07664

Zu TOP 5: Öffentliche Ausschreibung der Stelle des/r Dezernenten/in für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugendschutzdezernat: Vorlage 18-07619

Zu TOP 13: Verwaltungskostensatzung: Änderungsantrag 18-07655

Ratsvorsitzender Graffstedt weist darauf hin, dass von der BIBS-Fraktion die Dringlichkeitsanfrage 18-07678 -Dringlichkeitsanfrage: Getötete Igel im Klostergarten Riddagshausen vorliegt. Die Dringlichkeit wird von Ratsherr Rosenbaum begründet. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Dringlichkeit abstimmen und stellt fest, dass diese bei Gegenstimmen anerkannt wird. Die Dringlichkeitsanfrage wird unter Tagesordnungspunkt 23.13 in die Tagesordnung eingefügt.

Ratsvorsitzender Graffstedt teilt mit, dass vorgesehen ist, die Tagesordnungspunkte 24 bis 26 in nichtöffentlicher Sitzung zu behandeln. Hiergegen wird kein Widerspruch erhoben.

Ratsvorsitzender Graffstedt lässt über die geänderte Tagesordnung abstimmen und stellt fest, dass diese einstimmig angenommen wird.

Der Rat tritt um 14:07 Uhr in die Beratung ein.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 06.02.2018

Ergebnis:

Das Protokoll der Sitzung vom 06.02.2018 wird mit einer Enthaltung genehmigt.

3. Mitteilungen

3.1. Gebührenvergleich Abfallwirtschaft

18-07531

Ratsherr Sommerfeld beantragt für die Fraktion die Linke. Aussprache zu der Mitteilung. Die Aussprache findet von 14:08 Uhr bis 14:40 Uhr statt.

Ergebnis:

Die Mitteilung 18-07531 wird zur Kenntnis genommen.

4. Anträge

- 4.1. Modellprojekt: Einsatz und Wirkung photokatalytischer Baustoffe - wissenschaftlich begleitet
Antrag der Gruppe Die Fraktion P²** 18-06986

Ratsherr Bley bringt den Antrag 18-06986 in der vom Verwaltungsausschuss empfohlenen geänderten Fassung ein und begründet diesen. Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über den geänderten Antrag abstimmen.

Beschluss (geändert):

„Die Stadt Braunschweig wird ein Modellprojekt an einem geeigneten städtischen Bauprojekt unter Einsatz von photokatalytischen Baustoffen durchführen und dieses wissenschaftlich von einer Forschungseinrichtung (z.B. TU Braunschweig) begleiten lassen **und dieses Projekt im Bauausschuss vor Vergabe und Durchführung vorstellen.**“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 4.2. Förderung und Schutz von Grünbeständen im Stadtgebiet** 18-07040
Antrag der Fraktionen/Gruppe SPD, Bündnis90/ Die Grünen, BIBS, Die Linke., Die Fraktion P²
- 4.2.1. Keine neue Baumschutzsatzung für Braunschweig!** 18-07664
Änderungsantrag zum Antrag 18-07040
Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Ratsherr Dr. Mühlnickel bringt den Antrag 18-07040 und Ratsfrau Mundlos den Änderungsantrag 18-07664 ein. Während der Aussprache beantragt Ratsherr Wirtz getrennte Abstimmung der einzelnen Absätze des Antrages 18-07040. Ratsherr Köster beantragt die namentliche Abstimmung zu diesem Antrag. Ratsvorsitzender Graffstedt lässt nach Aussprache über den Antrag auf namentliche Abstimmung abstimmen und stellt fest, dass dieser bei Fürstimmen und einer Enthaltung abgelehnt wird. Ratsherr Köster verlangt, sein Abstimmungsverhalten zu diesem Antrag im Protokoll festzuhalten. Im Anschluss an die Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt zunächst über den Änderungsantrag 18-07664 abstimmen und stellt im Anschluss daran die Absätze des Antrages 18-07040 einzeln zur Abstimmung. Ratsherr Köster stimmt für den Absatz 1 und gegen die Absätze 2 und 3 des Antrages 18-07040.

Beschluss zum Änderungsantrag 18-07664:

„Der Rat der Stadt Braunschweig lehnt eine neue Baumschutzsatzung ab!
Die Verwaltung wird vielmehr gebeten, ein Förderprogramm auszuarbeiten und dem Rat der Stadt Braunschweig über seine Ausschüsse zur Beschlussfassung vorzulegen, um mit dem eingesparten Geld
a) private Eigentümer, wenn diese es wünschen, im Hinblick auf Pflege und Erhalt ihres Gehölzbestandes zu beraten und
b) eine finanzielle Beteiligung für zusätzliche Baumpflanzungen auf privaten Grundstücken auszuloben.“

Abstimmungsergebnis:

bei Fürstimmen **abgelehnt**

Beschluss zum Antrag 18-07040:

„Die Verwaltung wird gebeten, ein Förderprogramm auszuarbeiten mit dem Ziel, private Eigentümer von Bäumen oder anderen Gehölzen im Hinblick auf Pflege und Erhalt ihres Gehölzbestandes zu beraten und ggf. entsprechende Maßnahmen anteilig finanziell zu fördern. Daneben wird die Verwaltung gebeten, zu prüfen, ob flankierend eine kommunale Satzung erlassen werden kann mit dem Ziel, eine Meldepflicht für private Grundstückseigentümer in den Fällen, in denen Bäume ab einem bestimmten Stammumfang oder andere Gehölze gefällt oder beseitigt werden sollen, zu begründen.“

Ist das Ergebnis der Prüfung positiv, wird die Verwaltung gebeten, eine Satzung bis nach den Sommerferien 2018 zu erarbeiten und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die Erkenntnisse hinsichtlich der Wirkung der in der Satzung festgelegten Instrumentarien sollen dokumentiert und nach zwei Jahren in einem Bericht dem Grünflächenausschuss vorgestellt werden.“

Abstimmungsergebnis:

Getrennte Abstimmung der einzelnen Absätze:

Abs. 1: einstimmig beschlossen

Abs. 2: bei Gegenstimmen beschlossen

Abs. 3: bei Gegenstimmen beschlossen

**4.3. Namensgebung der IGS Volkmarode
Antrag der BIBS-Fraktion****18-07631**

Ratsherr Rosenbaum bringt den Antrag 18-07631 ein, begründet diesen und erklärt abschließend, dass der Antrag zurückgezogen wird.

Ergebnis:

Der Antrag 18-07631 wird vom Antragssteller zurückgezogen.

**5. Öffentliche Ausschreibung der Stelle der Dezernentin oder des
Dezernenten für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugendde-
zernat****18-07619****Beschluss:**

„Die Stelle der Dezernentin oder des Dezerrenten für das Sozial-, Schul-, Gesundheits- und Jugenddezernat ist gemäß anliegendem Ausschreibungstext öffentlich auszuschreiben.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

**6. Berufung eines Ortsbrandmeisters und eines Stellvertretenden
Ortsbrandmeisters in das Ehrenbeamtenverhältnis****17-06028****Beschluss:**

Die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Ifd. Nr.	Ortsfeuerwehr	Funktion	Name, Vorname
1	Watenbüttel	Ortsbrandmeister	Barlusckhe, Jörg
2	Watenbüttel	stellvertretender Ortsbrandmeister	Kadereit, Stephan

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

7. Berufung eines Stellvertretenden Stadtbrandmeisters in das Eh-**18-06582**

renbeamtenverhältnis

Beschluss:

Das nachstehend aufgeführte Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr Braunschweig wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt für die Dauer von 6 Jahren in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen:

Bereich	Funktion	Name, Vorname
Ost	Stellvertretender Stadtbrandmeister	Kornhaas, Sven

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

8. Sondervermögen Pensionsfonds; Haushaltsvollzug 2017 18-07217
Zustimmung zu außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 117
Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)

Beschluss:

„Der in der Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlung gemäß § 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

9. Beschluss über den Jahresabschluss 2016 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG), (Einmalversand der Anlagen) 18-07302

Nach Aussprache lässt Ratsvorsitzender Graffstedt über die Vorlage 18-07302 abstimmen.

Beschluss:

- „1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NComVG des Jahresabschlusses 2016 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2016 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2016 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch den Stadtbaurat und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2016 wird der Jahresabschluss 2016 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2016 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 14.768.306,96 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NComVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 1 NComVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 114.063.171,04 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 5.053.449,75 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 91.470.840,32 €.

- ## 2.2 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der

Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 783.610,06 € wird gemäß § 24 Abs.1 GemHKVO mit dem Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 908.769,19 € verrechnet. Das sich daraus ergebene Ergebnis mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 125.159,13 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 6 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.002.044,85 €.

- 2.3 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 1.941.200,77 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 149.356,36 € wird aus dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 13.993.306,38 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.791.844,41 € wird gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO soweit wie möglich durch die vorhandene Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.055.251,44 € gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 0,00 €. Der verbleibende Betrag wird gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO soweit wie möglich durch die Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses (156.978,46 €) und dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2016 (85.730,48 €) abgedeckt. Der verbleibende Betrag in Höhe von 493.884,03 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage entnommen.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 110.176,76 € wird auf die Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen. Ein Betrag in Höhe von 195.907,24 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage gedeckt. Daraus ergibt sich insgesamt ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 2.437.500,82 €. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 85.730,48 € wird gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO zur Abdeckung des Fehlbetrages aus dem ordentlichen Ergebnis verwendet. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 0,00 €.

- 2.4 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 794.004,04 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen. Der Fehlbetrag im Gebührenbereich in Höhe von 419.779,28 € wird aus dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenausgleich ausgeglichen. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenausgleich in Höhe von 4.638.668,44 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 374.224,76 € wird gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Überschussrücklage gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 524.687,25 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 32.164,27 € wird auf Rechnung des Haushaltjahres 2017 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 7 GemHKVO der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Überschussrücklage des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 120.984,74 €.“

Abstimmungsergebnis:
bei Enthaltungen beschlossen

- 10. Beschluss über den Jahresabschluss 2016 des Pensionsfonds der Stadt Braunschweig gem. §§ 129, 130 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** 18-07060

Beschluss:

- „1. Den in der Vorlage aufgeführten außerplanmäßigen Auszahlungen gemäß § 117 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.
- 2. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses des Sondervermögens Pensionsfonds durch Herrn Stadtrat Ruppert als Leiter gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungs-amtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2016 wird der Jahresabschluss 2016 beschlossen
- 3. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2016 wird folgende Genehmigung erteilt:

Der Jahresabschluss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 5.335.610,51 EUR wird auf Rechnung des Haushaltjahrs 2017 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 6 NKomVG der zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.“

Abstimmungsergebnis:
bei 1 Enthaltung beschlossen

- 11. Beschluss über die Entlastung des Oberbürgermeisters für das Haushaltsjahr 2016 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG)** 18-07308

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass Oberbürgermeister Markurth an der Beratung und Beschlussfassung dieses Punktes nicht teilnimmt.

Beschluss:

„Dem Oberbürgermeister wird gemäß § 129 NKomVG Entlastung erteilt.“

Abstimmungsergebnis:
bei Enthaltungen beschlossen

Ratsvorsitzender Graffstedt unterbricht die Sitzung von 16:15 Uhr bis 17:05 Uhr für eine Pause. Nach der Pause übernimmt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber die Sitzungsleitung. In der Zeit von 17:05 Uhr bis 17:25 Uhr findet die Einwohnerfragestunde.

- 12. Haushaltsvollzug 2017** 18-07180
hier: Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§117 und 119 Abs. 5 NKomVG

Beschluss:

„Den in der Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. Verpflichtungsermächtigungen gemäß §§ 117 und 119 Abs. 5 NKomVG wird unter Inanspruchnahme der aufgezeigten Deckungsmittel zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|--|-----------------|
| 13. Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung) | 17-05999 |
| 13.1. Änderungsantrag zu Beschlussvorlage 17-05999 Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung)
Änderungsantrag der BIBS-Fraktion und der Gruppe Die Fraktion P² | 18-07655 |

Ratsherr Bley bringt den Änderungsantrag 18-07655 ein, begründet diesen und erklärt, dass dieser zurückgezogen wird. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretende Ratsvorsitzende Naber über die Vorlage 17-05999 abstimmen.

Beschluss zur Vorlage 17-05999:

„Die als Anlage 1 beigelegte Vierzehnte Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Kosten für Amtshandlungen und Verwaltungstätigkeiten der Stadt Braunschweig auf dem Gebiet des eigenen Wirkungskreises (Verwaltungskostensatzung) wird beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei wenigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen beschlossen

Ergebnis zum Änderungsantrag 18-07655:

Der Änderungsantrag 18-07655 wird vom Antragssteller zurückgezogen.

- | | |
|--|-----------------|
| 14. Annahme oder Vermittlung von Zuwendungen über 2.000 € | 18-06880 |
|--|-----------------|

Beschluss:

„Der Annahme bzw. Vermittlung der in den Anlagen aufgeführten Zuwendungen wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- | | |
|---|-----------------|
| 15. Konzept zum Ausgleich des Substanzerlustes von 1105 Bäumen | 17-05993 |
|---|-----------------|

Stellvertretende Ratsvorsitzende Naber stellt die Vorlage 17-05993 im Anschluss an die Aussprache zur Abstimmung.

Beschluss:

- „1. Zum Ausgleich der Folgewirkungen der Haushaltkskonsolidierung 2002 (Verlust von 1105 Bäumen) in 22 Ortsteilen und 4 Gewerbegebieten werden in den Jahren 2018 bis 2021 insgesamt 776 Einzelbäume in den betreffenden Ortsteilen und Gebieten neu gepflanzt.
2. Für die Neupflanzung von 126 Bäumen, deren Finanzierung nicht über die Umsetzung des Förderprojektes „Integrierter Klimaschutz durch urbanes Grün“ und die diesbezüglich bereits erfolgte Veranschlagung von Haushaltsmitteln sichergestellt ist, werden in den Haushaltsjahren 2019 bis 2021 zusätzliche Haushaltsmittel in einer Gesamthöhe von 225.000 € bereitgestellt. Die erforderliche Mittelveranschlagung erfolgt im Zuge der Haushaltsplanaufstellung 2019.
3. Zur Finanzierung der dreijährigen Entwicklungspflege für die 776 neu zu pflanzenden Einzelbäume in den 22 Ortsteilen und 4 Gewerbegebieten im Zeitraum von 2019 bis 2024 werden im Zuge der Haushaltsberatungen 2019 und Folgejahre zusätzliche Haushaltsmittel mit einer Gesamthöhe von 294.000 € im städtischen Haushalt veranschlagt.

4. Nach Abschluss der dreijährigen Entwicklungspflege wird die anschließende Unterhaltungspflege aus dem Teilhaushalt des Fachbereiches Stadtgrün und Sport aus den Mitteln, die dem Fachbereich im Zuge der Aufhebung der Haushaltkskonsolidierung zur Unterhaltung der Grünstrukturen in den 22 Ostteilen und 4 Gewerbegebieten ab dem Haushaltsjahr 2018 zur Verfügung stehen, finanziert."

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 16. Mitgliedschaft der Stadt Braunschweig im "Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e. V."**

18-06427

Beschluss:

„Die Stadt Braunschweig tritt dem Verein „Arbeitsausschuss Tourismus Braunschweig e.V.“ zum nächst möglichen Zeitpunkt als Mitglied bei.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 17. Zweite Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14**

18-07244

Beschluss:

„Die Zweite Änderung der Entgeltordnung für das Städtische Museum, Steintorwall 14, wird in der als Anlage 1 beigefügten Fassung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

- 18. Berufung der Vertreterinnen bzw. Vertreter der Organisationen der Arbeitnehmerverbände in den Schulausschuss**

18-07610

Beschluss:

„Auf Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Stadtverband Braunschweig, werden Frau Susanne Schmedt als Mitglied und Herr Jürgen Reuter als 1. Ersatzmitglied in den Schulausschuss berufen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 5 Enthaltungen beschlossen

- 19. Verlängerung der Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen im Stadtbezirk 221 Weststadt**

18-07055

Während der Aussprache übernimmt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann die Sitzungsleitung und lässt nach Aussprache über die Vorlage 18-07055 abstimmen.

Beschluss:

„Im Stadtbezirk 221 Weststadt wird die Gebietsfreistellung der öffentlich geförderten Wohnungen auf der Grundlage des § 11 Niedersächsisches Wohnraumfördergesetz (NWoFG) letztmalig für den Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2023 verlängert.“

Abstimmungsergebnis:

bei 13 Gegenstimmen beschlossen

20. Steuerungskonzept Vergnügungsstätten - Ergänzung 2018

18-06364

Ratsfrau Ohnesorge beantragt während der Aussprache die getrennte Abstimmung beider Ziffern der Vorlage 18-06364. Im Anschluss an die Aussprache lässt stellvertretender Ratsvorsitzender Edelmann über die beiden Ziffern der Vorlage getrennt abstimmen.

Beschluss:

- „1. Der im Steuerungskonzept Vergnügungsstätten 2012, Abbildung 32 (Seite 115), dargestellte Standortbereich wird wie in Anlage 1 dargestellt in nordwestlicher Richtung erweitert.
2. Die im Steuerungskonzept 2012 beschlossene Handlungsleitlinie für die zukünftige Ansiedlung von Spielhallen und Wettbüros im Stadtgebiet bleibt darüber hinaus unverändert.“

Abstimmungsergebnis:

getrennte Abstimmung der einzelnen Ziffern:

Ziffer 1: bei Gegenstimmen **beschlossen**

Ziffer 2: einstimmig **beschlossen**

21. Sanierung von Gleisanlagen in 2018

17-05811

Beschluss:

- „1. Dem Vorschlag der Braunschweiger Verkehrs-GmbH, die Wendeschleife Ottenroder Straße als Schottergleis und die Strecke Luisenstraße (Cyriaksring - Frankfurter Straße) als Rasengleis im Zuge der anstehenden Sanierungen der Stadtbahnstrecken herzustellen, wird zugestimmt.
2. Der Verbesserung der Wegebeziehungen für Fußgänger (Querungen/Übergänge) wird zugestimmt.“

Abstimmungsergebnis:

einstimmig beschlossen

22. Abrechnung Straßenbaumaßnahme Olfermannstraße - Aufwandsspaltung

17-05992

Beschluss:

„Für die Erneuerung der Fahrbahn und der Rinnen für die Oberflächenentwässerung der öffentlichen Verkehrsanlage „Olfermannstraße“ wird gemäß § 3 Abs. 2 und § 9 der Straßenausbaubeitragssatzung (ABS) der Stadt Braunschweig vom 11.05.2010 in der derzeit geltenden Fassung die Aufwandsspaltung beschlossen.“

Abstimmungsergebnis:

bei 1 Enthaltung beschlossen

23. Anfragen

Die Anfragen werden von 18:33 Uhr bis 19:41 Uhr beantwortet. Im Anschluss daran erfolgt die Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage von 19:42 Uhr bis 19:50 Uhr.

23.1. Auslastung der Frauenhäuser

18-07633

Anfrage der Fraktion der SPD

23.1.1. Auslastung der Frauenhäuser

18-07633-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 18-07633-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

23.2. Bisherige und geplante Beteiligung im ISEK-Prozess	18-07632
Anfrage der Fraktion der CDU	
23.2.1.Bisherige und geplante Beteiligung im ISEK-Prozess	18-07632-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-07632-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.3. Entwicklung des Radtourismus in Braunschweig	18-07628
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	
23.3.1.Entwicklung des Radtourismus in Braunschweig	18-07628-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 18-07628-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.4. Sicherheit bei der Braunschweiger Tafel	18-07635
Anfrage der AfD-Fraktion	
23.4.1.Sicherheit bei der Braunschweiger Tafel	18-07635-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr.Hanke (Stellungnahme 18-07635-01). Eine Zusatzfrage wird beantwortet.

23.5. Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße	18-07626
Anfrage der Fraktion Die Linke.	
23.5.1.Wohn- und Quartiersprojekt Holwedestraße	18-07626-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-07626-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

23.6. Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen	18-07629
Anfrage der BIBS-Fraktion	
23.6.1.Interkommunales Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen	18-07629-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-07629-01).

23.7. Vorschulische Sprachförderung: Wie geht es weiter?	18-07541
Anfrage der FDP-Fraktion	
23.7.1.Vorschulische Sprachförderung: Wie geht es weiter?	18-07541-01

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Stadträtin Dr. Hanke (Stellungnahme 18-07541-01).

23.8. Verleihung des Städtenamens "Hansestadt" - Beschluss über	18-07627
Antrag auf Verleihung aus 2014	
Anfrage der Gruppe Die Fraktion P²	
23.8.1.Verleihung des Städtenamens "Hansestadt" - Beschluss über	18-07627-01
Antrag auf Verleihung aus 2014	

Ergebnis:

Die Beantwortung erfolgt durch Dezernent Leppa (Stellungnahme 18-07627-01).

Ratsvorsitzender Graffstedt übernimmt die Sitzungsleitung.

23.9. Genehmigung von Vergnügungsstätten in der Nähe von Wohngebieten 18-07634
Anfrage der Fraktion der SPD

Ergebnis:

Die Anfrage wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt und in die nächste Ratssitzung verschoben.

23.10. Lage der Frauenhäuser in Braunschweig 18-07636
Anfrage der AfD-Fraktion
23.10.1. Lage der Frauenhäuser in Braunschweig 18-07636-01

Ergebnis:

Die Anfrage wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt . Die Anfrage soll schriftlich beantwortet werden.

23.11. Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad 18-07630
Anfrage der BIBS-Fraktion
23.11.1. Einlagerung von Atommüll in Schacht Konrad 18-07630-01

Ergebnis:

Die Anfrage wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt. Die Anfrage soll schriftlich beantwortet werden.

23.12. Brückengutachten zum südlichen Ringgleisabschnitt 18-07637
Anfrage der Fraktion der SPD

Ergebnis:

Die Anfrage wird wegen Ablaufs der für die Behandlung von Anfragen zur Verfügung stehenden Zeit nicht mehr behandelt und wird in die nächste Sitzung verschoben.

23.13. Dringlichkeitsanfrage: Getötete Igel im Klostergarten Riddagshausen 18-07678
Dringlichkeitsanfrage der BIBS-Fraktion
23.13.1. Dringlichkeitsanfrage: Getötete Igel im Klostergarten Riddagshausen 18-07678-01

Ergebnis:

Die Beantwortung der Dringlichkeitsanfrage erfolgt durch Stadtbaurat Leuer (Stellungnahme 18-07678-01). Zusatzfragen werden beantwortet.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des öffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat.

Ratsvorsitzender Graffstedt stellt fest, dass der Rat alle Punkte des nichtöffentlichen Teils der Sitzung behandelt hat und schließt die Sitzung um 19:55 Uhr.

gez.

gez.

gez.

Markurth
Oberbürgermeister

Graffstedt
Ratsvorsitzender

Kreismar
Protokollführerin